

AMTLICHES KREISBLATT

Amtsblatt für den



Kreis Minden-Lübbecke

Minden, den 29. April 2021

Jahrgang 2021, Nr. 30

Inhalt

	Seite		Seite
A. <u>Bekanntmachungen des Kreises Minden-Lübbecke</u>			
151 Manöver am 26.05.2021	169	157 Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 der Stadt Lübbecke	171
152 Öffentliche Zustellung eines Bußgeldbescheides	169	158 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2018 und Entlastung des Bürgermeisters durch Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Porta Westfalica	172
153 Öffentliche Zustellung eines Bescheides des Jobcenters (proArbeit)	170		
154 Öffentliche Zustellung einer Ordnungsverfügung	170	C. <u>Sonstige Bekanntmachungen</u>	
155 Erscheinungstermine des Amtlichen Kreisblattes	170	159 Verbandsversammlung am 18.05.2021 des Sparkassenzweckverbandes des Kreises Minden-Lübbecke und der Städte Minden und Petershagen	175
B. <u>Bekanntmachungen der Städte und Gemeinden</u>		160 Aufgebot eines Sparkassenbuches der Sparkasse Minden-Lübbecke	176
156 3. Sitzung des Hauptausschusses am 05.05.2021 der Stadt Bad Oeynhausen	170		

151

Bekanntmachung

Für das Gebiet der Städte Minden und Petershagen ist folgendes Manöver angemeldet worden:

Art der Übung: „Üg ü Gewässer i R Rückmarsch Brig Üb KÜEHNER WETTINER“

Übende Truppe: Bundeswehr

Truppenstärke: 550 Soldaten
120 Radfahrzeuge
5 Kettenfahrzeug

Dauer des Manövers: **26.05.2021**

Besondere Hinweise: Die Übung findet im freien Gelände statt. Einsatz von Sicherungsmunition. Mehr als verkehrsübliche Nutzung von Straßen im Bereich des Gewerbegebietes Petershagen (Alter Postweg) sowie Windheim (Logeweg). Eingesetzte Boote u.a. bei Flusskilometer 218-219.

32423 Minden, den 22.04.2021

KREIS MINDEN-LÜBBECKE
Der Landrat

152

Bekanntmachung Öffentliche Zustellung eines Bußgeldbescheides

Die Zustellung eines Bußgeldbescheides wird diesem Amtlichen Kreisblatt als Anlage angefügt. Die Anlage ist vom Erscheinungstag des Kreisblattes an für 14 Tage befristet im Internet einsehbar.

153

Bekanntmachung
Öffentliche Zustellung eines Bescheidens des Jobcenters (proArbeit)

Die Zustellung eines Bescheides des Jobcenters (proArbeit) wird diesem Amtlichen Kreisblatt als Anlage angefügt. Die Anlage ist vom Erscheinungstag des Kreisblattes an für 14 Tage befristet im Internet einsehbar.

154

Bekanntmachung
Öffentliche Zustellung einer Ordnungsverfügung

Die Zustellung einer Ordnungsverfügung wird diesem Amtlichen Kreisblatt als Anlage angefügt. Die Anlage ist vom Erscheinungstag des Kreisblattes an für 14 Tage befristet im Internet einsehbar.

155

Erscheinungstermine
des Amtlichen Kreisblattes

Nr. 31	Redaktionsschluss	06.05.2021	Ausgabe	12.05.2021
Nr. 32	Redaktionsschluss	20.05.2021	Ausgabe	27.05.2021
Nr. 33	Redaktionsschluss	10.06.2021	Ausgabe	17.06.2021
Nr. 34	Redaktionsschluss	17.06.2021	Ausgabe	24.06.2021

156

Bekanntmachung

Die 3. Sitzung des Hauptausschusses (gem. § 60 Abs. 2 GO NRW - Delegation der Entscheidungsbefugnisse des Rates auf den Hauptausschuss während der epidemischen Lage von landesweiter Tragweite) in der 11. Wahlperiode findet am

Mittwoch, den 05.05.2021, 17:00 Uhr,

im Veranstaltungszentrum Bürgerhaus in Rehme, Hermann-Löns-Straße 28, 32547 Bad Oeynhausen statt.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Formalien
- 2 Mündliche Anfragen von Einwohnern (Beschränkung auf höchstens 30 Minuten)
- 3 Aufstellung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 16 "Medical City Plaza" (VEP 16) der Stadt Bad Oeynhausen gem. § 13a BauGB;
 1. Beratung der im Rahmen der Beteiligungen der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen;
 2. Satzungsbeschluss;
 3. Beschluss über die Anpassung des FNP gem. § 13a Abs. 2 Nr. BauGB
- 4 Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 des Kommunalabgabengesetzes Nordrhein-Westfalen - KAG NRW - für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Bad Oeynhausen (Wegebau-Beitragsatzung)
- 5 Sielwehrbrücke;
Bau einer Nahmobilitätsbrücke für den Alltagsradverkehr im Bereich des Sielwehres;
überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln
- 6 Aussetzung der Erhebung von Elternbeiträgen für die Offene Ganztagsgrundschule im März und April 2021
- 7 Entgeltordnung für die Benutzung der öffentlichen Toiletten im Nordbahnhof
- 8 Einplanung eines Still- und Wickelraumes in der zukünftigen Liegehalle im Kurpark; Geschäftsordnungsantrag Rat 02/21 der FDP-Fraktion vom 07.04.2021
- 9 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gem. § 60 Abs. 1 GO NRW
- 10 Ausschussberichte - öffentliche Sitzung - und soweit erforderlich Genehmigung der gefassten Beschlüsse
- 11 Schriftliche Bekanntgaben - öffentliche Sitzung
 - 11.1 Maßnahmen zur Berücksichtigung der Auswirkungen des Coronavirus im Finanzbereich
- 12 Bekanntgaben und Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

- 13 "Herstellung eines Gewässers im Zuge des Sand- und Kiesabbaus in Bad Oeynhausen, Gemarkung Rehme";
Klage der Stadt Bad Oeynhausen gegen den Planfeststellungsbeschluss, aktueller Sachstand
- 14 Grundstücksangelegenheiten - Haus der Jugend

- 15 Verwaltungsvereinbarung über die Planung des Radschnellweges RS3 zwischen der Ringstraße in Löhne und Dehmer Straße in Bad Oeynhausen sowie den Rückbau der Kanalstraße/Mindener Straße L 777 (ehem. B61) zwischen Ringstraße und Eidinghausener Straße
- 16 Veräußerung von zwei städtischen Gewerbegrundstücken
- 17 Wahl und Berufung einer Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk Bad Oeynhausen - Rehme/Lohe
- 18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gem. § 60 Abs. 1 GO NRW
- 19 Ausschussberichte - nichtöffentliche Sitzung - und soweit erforderlich Genehmigung der gefassten Beschlüsse
- 20 Schriftliche Bekanntgaben - nichtöffentliche Sitzung
 - 20.1 Grundstücksgeschäft über 25.000 €; Veräußerung eines städtischen Gewerbegrundstückes
 - 20.2 Grundstücksgeschäfte über 25.000 €
- 21 Bekanntgaben und Anfragen
- 22 Veröffentlichung der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Bad Oeynhausen, den 23.04.2021

Bökenkröger
Bürgermeister

157

1.

**Bekanntmachung
Haushaltssatzung
der Stadt Lübbecke
für das Haushaltsjahr 2021**

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), die zuletzt durch Gesetz vom 24. April 2019 (GV. NRW. S. 202) geändert worden ist, hat das Vertretungsorgan der Kommune Lübbecke mit Beschluss vom 04.02.2021 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Kommune voraussichtlich erzielbaren Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit	
dem Gesamtbetrag der Erträge auf	63.874.971,-- EUR
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	63.914.521,-- EUR
im Finanzplan mit	
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen	
aus der laufenden Verwaltungstätigkeit auf	60.536.091,-- EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen	
aus der laufenden Verwaltungstätigkeit auf	55.905.787,-- EUR
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der	
Investitionstätigkeit auf	7.713.008,-- EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der	
Investitionstätigkeit auf	13.738.250,-- EUR
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der	
Finanzierungstätigkeit auf	0,-- EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der	
Finanzierungstätigkeit auf	1.718.870,-- EUR
festgesetzt.	

§ 2

Kredite für Investitionen werden nicht veranschlagt.

§ 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

9.734.000,-- EUR

festgesetzt.

§ 4

Die **Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage** aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses im Ergebnisplan wird auf 39.550,-- EUR festgesetzt.

§ 5

Der **Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen**, wird auf 7.500.000,-- EUR festgesetzt.

§ 6

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2021 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	217 v.H. 429 v.H.
2. Gewerbsteuer auf	417 v.H.

2. Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung mit ihren Anlagen für das Haushaltsjahr 2021 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen ist gemäß § 80 Abs. 5 GO NRW der Landrätin des Kreises Minden-Lübbecke als untere staatliche Verwaltungsbehörde in Minden mit Schreiben vom 17. Februar 2021, 18. März 2021 und 30. März 2021 angezeigt worden.

Der Haushaltsplan liegt zur Einsichtnahme bis zum Ende der Auslegung des Jahresabschlusses während der Dienststunden im Verwaltungsgebäude Kreishausstraße 2 - 4, 32312 Lübbecke, Zimmer 308, öffentlich aus und ist unter der Adresse der Stadt Lübbecke www.luebbecke.de im Internet verfügbar.

Lübbecke, den 20. April 2021

Der Bürgermeister
Frank Haberbosch

158 Bekanntmachung Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Porta Westfalica zum 31.12.2018 und Entlastung des Bürgermeisters durch Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses als delegierte Entscheidung des Rates gem. § 60 Abs. 2 GO NRW der Stadt Porta Westfalica vom 22.02.2021.

Aufgrund der §§ 95 und 96 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV.NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29.09.2020 (GV.NRW. S. 916), hat der Haupt- und Finanzausschuss als delegierte Entscheidung des Rates gem. § 60 Abs. 2 GO NRW der Stadt Porta Westfalica mit Beschluss vom 22.02.2021 den vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüften Jahresabschluss der Stadt Porta Westfalica zum 31.12.2018 festgestellt und dem Bürgermeister diesbezüglich ohne Einschränkungen Entlastung erteilt.

Die wesentlichen Ergebnisse des Jahresabschlusses werden wie folgt bekannt gemacht:

Bilanz der Stadt Porta Westfalica zum 31.12.2018

Aktiva

	in TEUR
1. Anlagevermögen	197.973
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	1.063
1.2 Sachanlagen	185.211
1.3 Finanzanlagen	11.699
2. Umlaufvermögen	17.707
2.1 Vorräte	637
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	14.855
2.3 Liquide Mittel	2.215
3. Aktive Rechnungsabgrenzung	7.389
Bilanzsumme	233.069

Bilanz der Stadt Porta Westfalica zum 31.12.2018

Passiva

	in TEUR
1. Eigenkapital	982
1.1 Allgemeine Rücklage	0
direkte Verrechnung mit der allgemeinen Rücklage	278
davon nicht gedeckt	-278
1.2 Ausgleichsrücklage	0
1.3 Jahresergebnis	7.433
davon nicht gedeckt	-6.451
2. Sonderposten	66.716
3. Rückstellungen	53.470
4. Verbindlichkeiten	93.101
5. Passive Rechnungsabgrenzung	8.800
Bilanzsumme	223.069

Ergebnis- und Finanzrechnung für das Haushaltsjahr 2018

Die Ergebnisrechnung schließt mit einem positiven Jahresergebnis in Höhe von 7.432.987,68 € ab. Der Bestand an eigenen Finanzmitteln verringert sich um 2.794.556,21 €. Der Stand an liquiden Mitteln beläuft sich zum Bilanzstichtag 31.12.2018 auf 2.215.003,61 EUR.

Gemäß § 59 Abs. 3 GO NRW prüft der Rechnungsprüfungsausschuss den Jahresabschluss.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat den Jahresabschluss und den Lagebericht der Stadt Porta Westfalica für das Jahr 2018 unter Einbezug des Prüfungsberichts der CURACON GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Münster, geprüft. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat mit Datum vom 17.11.2020 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

„Prüfungsurteil

Wir haben den Jahresabschluss der Stadt Porta Westfalica - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018, der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilergebnisrechnungen und den Teilfinanzrechnungen für das Haushaltsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der Gemeindeordnung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen nach § 95 GO NRW i. V. m. der Gemeindehaushaltsverordnung nach §§ 37 ff. GemHVO NRW und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Stadt zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Haushaltsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses geführt hat.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 102 GO NRW unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Wirtschaftsprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Stadt unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Vertretungsorgans der Stadt für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Vorschriften der Gemeindeordnung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen nach § 95 GO NRW i. V. m. der Gemeindehaushaltsverordnung nach §§ 37 ff. GemHVO NRW in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Stadt zur Fortführung ihrer Tätigkeit, d.h. der stetigen Erfüllung der Aufgaben, zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Sicherung der stetigen Erfüllung ihrer Aufgaben, sofern einschlägig, anzugeben.

Das Vertretungsorgan der Stadt ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Stadt zur Aufstellung des Jahresabschlusses.

Verantwortung des Wirtschaftsprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 102 GO NRW unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieses Systems der Stadt abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise Schlussfolgerungen darüber, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Stadt zur Fortführung ihrer Tätigkeit, d.h. der stetigen Erfüllung ihrer Aufgaben, aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Stadt die stetige Aufgabenerfüllung nicht sicherstellen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zu Grunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt vermittelt.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Vermerk über die Prüfung des Lageberichts

Prüfungsurteil

Wir haben den Lagebericht der Stadt Porta Westfalica für das Haushaltsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Lagebericht in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der Gemeindehaushaltsverordnung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen nach § 48 GemHVO NRW und vermittelt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung des Lageberichts unter Beachtung des International Standard on Assurance Engagements (ISAE) 3000 (Revised) durchgeführt.

Danach wenden wir als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Anforderungen des IDW Qualitätssicherungsstandards: Anforderungen an die Qualitätssicherung in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QS 1) an. Die Berufspflichten gemäß der Wirtschaftsprüferordnung und der Berufssatzung für Wirtschaftsprüfer/vereidigte Buchprüfer einschließlich der Anforderungen an die Unabhängigkeit haben wir eingehalten.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und angemessen sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Vertretungsorgans der Stadt für den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der Gemeindehaushaltsverordnung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen nach § 48 GemHVO NRW entspricht, insgesamt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt vermittelt, in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden Vorschriften der Gemeindehaushaltsverordnung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen nach § 48 GemHVO NRW zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Das Vertretungsorgan der Stadt ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Stadt zur Aufstellung des Lageberichts.

Verantwortung des Wirtschaftsprüfers für die Prüfung des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Lagebericht in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der Gemeindehaushaltsverordnung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen nach § 48 GemHVO NRW entspricht.

Die Ausführungen zur Verantwortung des Abschlussprüfers zur Prüfung des Jahresabschlusses gelten gleichermaßen für die Prüfung des Lageberichts mit der Ausnahme, dass wir nicht beurteilen, ob der Lagebericht die zu Grunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass er unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt vermittelt.

Des Weiteren führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zu Grunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zu Grunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Münster, am 17. November 2020

CURACON GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Schwarz Menken
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer"

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat zu dem Ergebnis der Jahresabschlussprüfung schriftlich gegenüber dem Rat Stellung genommen und am Schluss seines Berichtes vom 09.12.2020 erklärt, dass er nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung keine Einwendungen erhebt und den Jahresabschluss und den Lagebericht der Stadt Porta Westfalica für das Haushaltsjahr 2018 in der Fassung vom 17.11.2020 billigt. Der Rechnungsprüfungsausschuss hat dem Rat empfohlen, den vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der CURACON GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Münster, versehenen Jahresabschluss zum 31.12.2018 mit einer Bilanzsumme von 223.069.124,68 € festzustellen sowie den Jahresüberschuss 2018 in Höhe von 7.432.987,68 € mit dem nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag in Höhe von 6.451.360,85 € zu verrechnen sowie den verbleibenden Betrag in Höhe von 981.626,83 € der allgemeinen Rücklage zuzuführen. Zudem hat er den Ratsmitgliedern empfohlen, dem ehemaligen Bürgermeister Bernd Hedtmann uneingeschränkt Entlastung zu erteilen.

Dieser Empfehlung ist der Haupt- und Finanzausschuss mit Beschlüssen vom 22.02.2021 gefolgt. Die Beschlüsse ergingen als delegierte Entscheidung des Rates nach § 60 Abs. 2 GO NRW.

Bekanntmachung des Jahresabschlusses zum 31.12.2018 der Stadt Porta Westfalica

Der vorstehende Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Porta Westfalica über den Jahresabschluss zum 31.12.2018 mit seinen Anlagen und über die Entlastung des Bürgermeisters wird hiermit gemäß § 96 Abs. 2 GO NRW öffentlich bekanntgemacht. Der Beschluss erging als delegierte Entscheidung des Rates nach § 60 Abs. 2 GO NRW.

Der Jahresabschluss zum 31.12.2018 mit seinen Anlagen ist gemäß § 96 Abs. 2 GO NRW der Landrätin des Kreises Minden-Lübbecke als untere staatliche Verwaltungsbehörde mit Schreiben vom 11.03.2021 angezeigt worden.

Der Jahresabschluss 2018 mit vollständiger Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, den Teilrechnungen, der Bilanz, dem Anhang und dem Lagebericht wird bis zur Feststellung des folgenden Jahresabschlusses zur Einsichtnahme im Verwaltungsgebäude der Stadt Porta Westfalica, Kempstraße 1, 32457 Porta Westfalica, Zimmer 1.27, während der Dienststunden verfügbar gehalten.

Hinweis

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen des Jahresabschlusses zum 31.12.2018 nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) der Jahresabschluss ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Beschluss des Rates der Stadt Porta Westfalica vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Porta Westfalica vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Porta Westfalica, den 06.04.2021

Die Bürgermeisterin
Dr. Sonja Gerlach

159

Bekanntmachung des Sparkassenzweckverbandes des Kreises Minden-Lübbecke und der Städte Minden und Petershagen - Der Vorsitzende der Verbandsversammlung -

Die nächste Sitzung der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes des Kreises Minden-Lübbecke und der Städte Minden und Petershagen findet am

Dienstag, der 18.05.2021, 17:00 Uhr,

im Veranstaltungsraum der Sparkasse in Minden, Königswall 2, (4. Etage, Zugang über das Treppenhaus am Haupteingang) statt.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Wahl eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Beschlüsse
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Verbandsversammlung vom 23.02.2021

3. a) Jahresabschluss 2020:
Bericht zum Geschäftsjahr 2020 - Jahresabschlussbericht
 - b) Bericht über die Einhaltung des Corporate Governance - Kodexes für die Sparkasse Minden-Lübbecke
 - c) Jahresabschluss 2020:
Entlastung der Organe der Sparkasse Minden-Lübbecke, Zweckverbandssparkasse des Kreises Minden-Lübbecke und der Städte Minden und Petershagen
 - d) Jahresabschluss 2020:
Verwendung des Jahresüberschusses 2020 und des Gewinnvortrages aus dem Vorjahr 2019 nach § 24 Abs. 4 Satz 2 SpkG NW in Verbindung mit § 25 SpkG NW
4. Bericht zur bisherigen Geschäftsentwicklung in 2021 / Aktuelles
 5. Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes für den Verwaltungsrat der Sparkasse Minden-Lübbecke
 6. Verschiedenes / Bekanntgaben

Nicht öffentliche Sitzung:

Minden, den 19.04.2021

Michael Jäcke
(Bürgermeister)
Vorsitzender der Verbandsversammlung des
Sparkassenzweckverbandes des Kreises Minden-Lübbecke
und der Städte Minden und Petershagen

160

Bekanntmachung
Aufgebot

Am 16.04.2021 wurde das Aufgebot des von der Sparkasse Minden-Lübbecke ausgestellten
Sparkassenbuches zu Konto Nr. 340 657 725
beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, binnen drei Monaten bei der Sparkasse Minden-Lübbecke seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da andernfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

Minden, den 22.04.2021

SPARKASSE MINDEN-LÜBBECKE
Zweckverbandssparkasse des Kreises Minden-Lübbecke
und der Städte Minden und Petershagen
Der Vorstand
Kirschbaum Böttcher

Herausgeber und Druck: Die Landrätin des Kreises Minden-Lübbecke, Portastraße 13, 32423 Minden

Das Amtliche Kreisblatt erscheint i.d.R. zweimal monatlich. Die Abgabe erfolgt kostenfrei (in allen Rathäusern und im Kreishaus in Minden). Außerdem kann das Amtliche Kreisblatt im Internet des Kreises Minden-Lübbecke unter www.minden-luebbecke.de abgerufen werden.

Für den laufenden Bezug per Postübersendung wird eine Kostenpauschale i.H.v. 20,00 € erhoben.

Bestellungen für den laufenden Bezug sowie Einzelbestellungen, Anfragen usw. sind an den Herausgeber zu richten. (Telefon 05 71/807-0)